

Buchpreisbindung

Eine Preisbindung in der Wirtschaft ist ein Vertragssystem: Der Hersteller setzt dabei für seine Ware einen Preis fest. Der Abnehmer der Ware verpflichtet sich gegenüber dem Hersteller, dass er beim Weiterverkauf diesen festgesetzten Preis einhält. Im Allgemeinen sind solche Preisbindungen unzulässig, weil sie den eigentlichen Motor der Wirtschaft – nämlich den Wettbewerb – außer Kraft setzen. Für Verlagszeugnisse aber gilt die Ausnahme. Sie ist im Buchpreisbindungsgesetz formuliert, das der Bundestag 2002 verabschiedet hat.

Danach müssen die Verlage für ihre Neuerscheinungen verbindliche Ladenpreise festlegen. Ein Buch kostet somit in jeder Buchhandlung gleich viel. Die Einheitspreise gelten auch im Online-Geschäft. Die Politik versucht durch die Preisbindung, dem Buchhandel den harten Wettbewerbsdruck zu nehmen.

Was ohne Preisbindung langfristig auf dem deutschen Buchmarkt passieren würde, kann niemand mit Gewissheit sagen. Folgendes Szenario wäre aber möglich: Buchläden würden sich vor allem bei „Bestsellern“ (also den am meisten verkauften Büchern) im Preis unterbieten, bis sich der Verkaufspreis in bestimmter Höhe eingependelt hat. Bei diesen Kalkulationen halten diejenigen Händler am besten mit, die ein großes Angebot bereitstellen. Etwaige Verluste bei der einen Ware können sie an anderer Stelle mit anderen Produkten wieder wettmachen. Große Ketten und Kaufhäuser würden demnach profitieren. Kleine Buchläden hätten aber das Nachsehen. Für die Verlage hingegen würde das Bücher machen zum Hochrisikogeschäft. Selbst wenn sich ein Buchtitel ihres Programms als Bestseller erweisen würde, könnten sie nicht wissen, wie viel die erste Auflage abwerfen wird, weil sich der Preis ja erst einpendeln müsste. Sind die Verlageinnahmen instabil, wird auch die Planung des nächsten Verlagsprogramms unsicher. Die Bereitschaft, sich mit neuen Titeln auf den Markt zu wagen, während der Erfolg der alten Titel noch nicht gesichert ist, würde sinken.

In der europäischen Kulturpolitik war die Buchpreisbindung bis Ende der 1990er Jahre äußerst umstritten. Österreich und Deutschland hatten binationale Vereinbarungen zur Buchpreisbindung, die einige EU-Mitglieder als Wettbewerbsverzerrung interpretierten. Ab dem Millennium setzte jedoch eine Trendwende ein. Viele Länder der EU haben mittlerweile den Weg der Buchpreisbindung eingeschlagen. Vehemente Gegner sind Großbritannien und Irland. Auf dem weltweiten Markt der englischsprachigen Literatur – so lautet die Argumentation – ließen sich Einheitspreise nicht durchsetzen.